

Stand: 23.02.2026 01:19:46

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/18560

"Entschlossenes Eintreten für die Geldwertstabilität - Solide Finanzen in der EU statt ultralockerer Geldpolitik"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 18/18560 vom 26.10.2021
2. Beschluss des Plenums 18/18642 vom 27.10.2021
3. Plenarprotokoll Nr. 95 vom 27.10.2021



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Thomas Kreuzer, Prof. Dr. Winfried Bausback, Alexander König, Tobias Reiß, Tanja Schorer-Dremel, Josef Zellmeier, Dr. Franz Rieger, Wolfgang Fackler, Eric Beißwenger, Martin Bachhuber, Volker Bauer, Barbara Becker, Alex Dorow, Holger Dremel, Alexander Flierl, Max Gibis, Alfred Grob, Hans Herold, Johannes Hintersberger, Michael Hofmann, Dr. Gerhard Hopp, Dr. Martin Huber, Andreas Jäckel, Harald Kühn, Dr. Petra Loibl, Klaus Steiner, Steffen Vogel, Martin Wagle, Ernst Weidenbusch, Georg Winter und Fraktion (CSU),**

Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Bernhard Pohl, Gerald Pittner, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Manfred Eibl, Susann Enders, Dr. Hubert Faltermeier, Hans Friedl, Eva Gottstein, Tobias Gotthardt, Joachim Hanisch, Wolfgang Hauber, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Alexander Hold, Nikolaus Kraus, Rainer Ludwig, Kerstin Radler, Gabi Schmidt, Jutta Widmann, Benno Zierer und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Entschlossenes Eintreten für die Geldwertstabilität – Solide Finanzen in der EU statt ultralockerer Geldpolitik

Der Landtag wolle beschließen:

Nachdem die EU-Mitgliedstaaten während der Coronapandemie als Notfallkonzept Rekordschulden aufgenommen haben, ist nun eine Debatte zur Reform des Stabilitäts- und Wachstumspakts eröffnet. Der Landtag tritt Überlegungen entgegen, die Stabilitätskriterien des Vertrages von Maastricht weiter abzuschwächen und den Stabilitäts- und Wachstumspakt für Klimainvestitionen aufzuweichen. Der Stabilitäts- und Wachstumspakt hat sich bewährt und auch in Krisenzeiten als ausreichend flexibel erwiesen.

Die Staatsregierung wird daher aufgefordert, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass der Stabilitäts- und Wachstumspakt überarbeitet und gestrafft wird, er aber weiterhin Schuldenaufnahme und Haushaltsdefizite deckelt sowie keine Ausnahmen für Klimainvestitionen enthält. Die Corona-bedingte Politik des billigen Geldes darf nicht zur Normalität werden und eine europäische Stabilitätskultur muss bewahrt werden. Es ist an der Zeit, einen Ausweg aus dem währungspolitischen Krisenmodus zu finden.

Der Landtag betont, dass auch und gerade angesichts der aktuellen Inflationsentwicklung und der dort liegenden Risiken eine stabile und nachhaltige Finanzpolitik in Europa sowie eine solide Haushaltspolitik in den Mitgliedstaaten wichtiger denn je ist. Die Staatsregierung wird daher aufgefordert, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass nach dem Rücktritt von Dr. Jens Weidmann als Präsident der Bundesbank dort weiterhin eine starke und entschlossene Stimme als Bewahrer der Geldwertstabilität eintritt.

Begründung:

Der Stabilitäts- und Wachstumspakt ist ein wichtiges Instrument, um die Verschuldung im Euroraum in vertretbaren Grenzen zu halten. Er begrenzt das Haushaltsdefizit auf drei Prozent der Wirtschaftsleistung und die Gesamtverschuldung auf 60 Prozent. Bis Ende 2022 ist er wegen der Coronakrise ausgesetzt.

Wenn SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP sich bereits in den Sondierungsgesprächen auf Bundesebene darauf festlegen, auf Grundlage des Stabilitäts- und Wachstumspakts für nachhaltige und klimafreundliche Investitionen zu sorgen, gibt das Anlass zur Sorge um die finanzpolitische Nachhaltigkeit in Europa. Zum einen ist es völlig offen, welche konkreten Investitionen nachhaltig und klimafreundlich sind. Zum anderen bleiben Schulden Schulden – und diese sind zurückzuzahlen. Finanzielle Solidarität der EU-Mitgliedstaaten ist nicht verhandelbar, sondern Grundlage für einen funktionierenden Euro.

Solide Finanzen dienen vor allem dazu, die Überlastung künftiger Generationen zu vermeiden und in guten Jahren Rücklagen als finanziellen Puffer für kommende Krisen zu bilden. Gerade weil sich die EU-Mitgliedstaaten in der Vergangenheit oftmals nicht an den Stabilitätspakt gehalten haben, sollten jetzt nicht zusätzliche Ausnahmen eingeführt werden. Vielmehr sollten die – auch für die Fachleute der EU-Kommission nur schwer vollziehbaren – Einzelbestimmungen des Paktes gestrafft und der Pakt dadurch wieder effizienter gemacht werden. Schließlich erfüllt dieser Pakt keinen Selbstzweck, sondern bildet die Basis einer nachhaltigen Finanz- und Geldwertpolitik.



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Thomas Kreuzer, Prof. Dr. Winfried Bausback, Alexander König, Tobias Reiß, Tanja Schorer-Dremel, Josef Zellmeier, Dr. Franz Rieger, Wolfgang Fackler, Eric Beißwenger, Martin Bachhuber, Volker Bauer, Barbara Becker, Alex Dorow, Holger Dremel, Alexander Flierl, Max Gibis, Alfred Grob, Hans Herold, Johannes Hintersberger, Michael Hofmann, Dr. Gerhard Hopp, Dr. Martin Huber, Andreas Jäckel, Harald Kühn, Dr. Petra Loibl, Klaus Steiner, Steffen Vogel, Martin Wagle, Ernst Weidenbusch, Georg Winter** und **Fraktion (CSU)**,

Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Bernhard Pohl, Gerald Pittner, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Manfred Eibl, Susann Enders, Dr. Hubert Faltermeier, Hans Friedl, Eva Gottstein, Tobias Gotthardt, Joachim Hanisch, Wolfgang Hauber, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Alexander Hold, Nikolaus Kraus, Rainer Ludwig, Kerstin Radler, Gabi Schmidt, Jutta Widmann, Benno Zierer und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Drs. 18/18560

Entschlossenes Eintreten für die Geldwertstabilität – Solide Finanzen in der EU statt ultralockerer Geldpolitik

Nachdem die EU-Mitgliedstaaten während der Coronapandemie als Notfallkonzept Rekordschulden aufgenommen haben, ist nun eine Debatte zur Reform des Stabilitäts- und Wachstumspakts eröffnet. Der Landtag tritt Überlegungen entgegen, die Stabilitätskriterien des Vertrages von Maastricht weiter abzuschwächen und den Stabilitäts- und Wachstumspakt für Klimainvestitionen aufzuweichen. Der Stabilitäts- und Wachstumspakt hat sich bewährt und auch in Krisenzeiten als ausreichend flexibel erwiesen.

Die Staatsregierung wird daher aufgefordert, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass der Stabilitäts- und Wachstumspakt überarbeitet und gestrafft wird, er aber weiterhin Schuldenaufnahme und Haushaltsdefizite deckelt sowie keine Ausnahmen für Klimainvestitionen enthält. Die coronabedingte Politik des billigen Geldes darf nicht zur Normalität werden und eine europäische Stabilitätskultur muss bewahrt werden. Es ist an der Zeit, einen Ausweg aus dem währungspolitischen Krisenmodus zu finden.

Der Landtag betont, dass auch und gerade angesichts der aktuellen Inflationsentwicklung und der dort liegenden Risiken eine stabile und nachhaltige Finanzpolitik in Europa sowie eine solide Haushaltspolitik in den Mitgliedstaaten wichtiger denn je ist. Die Staatsregierung wird daher aufgefordert, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass nach dem Rücktritt von Dr. Jens Weidmann als Präsident der Bundesbank dort weiterhin eine starke und entschlossene Stimme als Bewahrer der Geldwertstabilität eintritt.

Die Präsidentin

I.V.

Alexander Hold

III. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Dritter Vizepräsident Alexander Hold

Abg. Josef Zellmeier

Abg. Dr. Helmut Kaltenhauser

Abg. Martin Böhm

Abg. Tim Pargent

Abg. Dr. Simone Strohmayr

Abg. Gerald Pittner

Staatsminister Albert Füracker

Abg. Markus Plenk

Abg. Raimund Swoboda

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Ich rufe zur weiteren gemeinsamen Beratung auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten

Thomas Kreuzer, Prof. Dr. Winfried Bausback, Alexander König u. a. und Fraktion (CSU),

Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Bernhard Pohl u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Entschlossenes Eintreten für die Geldwertstabilität - Solide Finanzen in der EU statt ultralockerer Geldpolitik (Drs. 18/18560)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Martin Böhm, Ulrich Singer, Christian Klingen u. a. und Fraktion (AfD)

Geldwertstabilität sicherstellen - Langzeitexperimente beenden (Drs. 18/18575)

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache und erteile Herrn Kollegen Josef Zellmeier für die CSU-Fraktion das Wort. Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Josef Zellmeier (CSU): Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Nicht alle Dringlichkeitsanträge, die wir hier behandeln, sind dringlich, eilbedürftig oder aktuell. Unser Antrag ist es; denn es gibt sehr aktuelle Anlässe, die uns fürchten lassen, dass der europäische Stabilitätspakt aufgeweicht wird: Dies sind die Sondierungsverhandlungen und die Koalitionsverhandlungen der Berliner Ampel. Hier gibt es Andeutungen im Sondierungspapier, dass zumindest für klimafreundliche Investitionen die Stabilität aufgeweicht wird. Auch beim Treffen der EU-Finanzminister in Slowenien im September 2021 haben gerade die EU-Staaten mit einer hohen Verschuldung mehr Flexibilität und Ausnahmen gefordert. Hinzu kommt der Rücktritt Jens Weidmanns, des angesehenen Bundesbankpräsidenten, der sich immer für eine stabile Finanzpolitik eingesetzt hat.

Die CSU, liebe Kolleginnen und Kollegen, steht für eine stabile Geldpolitik zum Wohl aller Bürger, zum Wohl des deutschen Sparerers, für einen stabilen Euro und für eine unabhängige EZB. Eine sehr lockere Geldpolitik, wie wir sie in den letzten Jahren erlebt haben, führt zu Inflation und entwertet die Sparvermögen der Bürgerinnen und Bürger. Gerade die Koalitionsverhandlungen in Berlin deuten in die falsche Richtung. Was kommt denn als Nächstes? Ein Aufweichen der Schuldenbremse? – Wir wollen das nicht. Der europäische Stabilitäts- und Wachstumspakt hat sich bewährt. Er schränkt den finanziellen Spielraum der Regierungen bewusst ein, um eine übermäßige Staatsverschuldung zu vermeiden. Die Obergrenze für das Defizit liegt bei 3 % des BIP und die maximale Schuldenlast bei 60 %. Wir hatten im Jahr 2019 – das ist noch nicht lange her – eine durchschnittliche europäische Staatsverschuldung von 84 % des BIP. Mittlerweile ist sie auf 100 % gestiegen – sicherlich als Folge der Pandemie – und in Griechenland auf 200 %. Zu Recht ist der Stabilitätspakt wegen der Pandemie bis Ende 2022 ausgesetzt worden. Dies darf aber nicht zum Dauerzustand werden, liebe Kolleginnen und Kollegen!

(Beifall bei der CSU)

Umso wichtiger ist es, dass ab 2023 die Stabilitätskriterien wieder greifen und die Mitgliedstaaten einen finanziellen Puffer erwirtschaften und so für künftige Krisen gewappnet sind. Die Zinsen sind derzeit sehr niedrig, und ich bin überzeugt, ein Zinsniveau, wie wir es vor zwanzig oder dreißig Jahren hatten, werden wir so schnell nicht wiederbekommen. Ich glaube, es ist auch nicht erstrebenswert. Aber das Niveau, das wir jetzt haben – Minuszinsen etc. –, ist zu niedrig. Ein moderater Anstieg wäre notwendig. Auch hier müssen wir mahnend für unsere Sparerinnen und Sparer eintreten; denn ohne ein Zinsniveau, das Sparen attraktiv macht, wird auch eine langjährige gute deutsche Tradition, das Sparen, zunichtegemacht. Wir haben es mit alternden Gesellschaften zu tun, die neue Belastungen bringen. Wir haben viele Herausforderungen, die wir meistern müssen. Wir sollten die Zeit gut nutzen und uns auf stabile Kriterien und nicht auf eine laxen Finanz- und Stabilitätspolitik einigen.

Hinzu kommt die Inflation, liebe Kolleginnen und Kollegen. Dies ist ein Punkt, der unsere Bürger sehr wohl beunruhigen muss und darf: 4,1 %! Die Energiepreise sind um 14,3 % gestiegen, die Nahrungsmittelpreise immerhin um 4,9 %. In der Mischung mit hoher Staatsverschuldung sind diese Teuerungsraten Gift für unser Land und für die Europäische Union.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, hohe Inflation und keine Zinsen bzw. Minuszinsen bedeuten, dass das Vermögen gerade der Menschen, die nicht in großem Stil investieren und spekulieren, bedroht ist und weniger wert wird. Das wollen wir von der CSU nicht. Der Rücktritt Jens Weidmanns ist ein schwerer Rückschlag für die stabilitätsorientierte Geldpolitik Deutschlands. Er war ein hartnäckiger Verfechter einer soliden Finanzpolitik. Er war ein Garant dafür, dass die Bundesbank auch in der EZB immer für eine klare, stabilitätsorientierte Politik eingetreten ist. Es ist auch eine wichtige Aufgabe der neuen Bundesregierung, dafür zu sorgen, dass hier ein Nachfolger oder eine Nachfolgerin kommt, der bzw. die die gleiche Politik fortsetzt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, gleichzeitig lehnen wir den AfD-Antrag ab; denn er behandelt Dinge, die wir schon lange beschlossen haben. Am 24. April haben wir uns gegen Corona-Bonds ausgesprochen und eine Vergemeinschaftung der Schulden ausdrücklich abgelehnt. Der Antrag bringt nichts Neues und ist deshalb abzulehnen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, treten wir gemeinsam dafür ein, dass wir die Stabilität in unserem Land, dass wir die Stabilität Europas und des Euros sichern! Dies ist nur möglich, indem wir eine Schuldenpolitik ablehnen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Kollege, es liegt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung des Kollegen Dr. Helmut Kaltenhauser von der FDP-Fraktion vor, dem ich hiermit das Wort erteile. Bitte.

Dr. Helmut Kaltenhauser (FDP): Herr Kollege Zellmeier, ich glaube, dass wir uns beim Stabilitätspakt nicht allzu weit auseinanderbewegen. Ich war nur überrascht, auf der einen Seite zu hören, er hätte sich bewährt, und auf der anderen Seite ist im Antrag etwas von einer Überarbeitung und Straffung des Stabilitäts- und Wachstumpakts zu lesen. Im Antrag steht leider nicht, was damit gemeint ist. Ich habe in letzter Zeit auch nicht gehört, was hier diskutiert wird, schon gar nicht vonseiten der CSU. Könnte ich ein paar Details erfahren, was hier noch überarbeitet oder verbessert werden soll?

Josef Zellmeier (CSU): Wir könnten uns vorstellen, die Ausnahmen zu beschränken und hier eher restriktiver zu sein als zu lockern. Ich hoffe, lieber Kollege Kaltenhauser, dass die FDP in Berlin ebenfalls dafür sorgt; denn das, was ich so höre, gefällt mir nicht. Hier wird der Koalition einiges geopfert, was von euch immer hochgehalten wurde.

(Beifall bei der CSU)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herzlichen Dank.

Zwischendurch gebe ich jetzt das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Dringlichkeitsantrag der AfD-Fraktion betreffend "Gesellschaftliche Teilhabe für alle – kostenlose Corona-Tests und Wiedergutmachung" auf Drucksache 18/18573 bekannt: Mit Ja haben 14 Abgeordnete gestimmt, mit Nein haben 138 Abgeordnete gestimmt, Stimmenthaltungen: null. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 2)

Nächster Redner ist nun Herr Kollege Martin Böhm für die AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Herr Abgeordneter, Sie haben das Wort.

Martin Böhm (AfD): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, auch von der Amigo-Fraktion! Das Kind mit dem Bade ausschütten, um dann verwirrt nach dem Kind zu suchen: Dies charakterisiert Ihren Antrag gerade zur Genüge. Anscheinend war Ihr Referent am 25. März 2021 noch im Hörsaal; denn sonst wüsste er, dass von Ihrer CSU-Landesgruppe Alois Karl als Einziger gegen das Eigenmittelabschluss-Ratifizierungsgesetz gestimmt hat. Ein kluger alter weißer Mann, euer Alois! Aber alle anderen? – Alle anderen haben an diesem Tag die Büchse der Pandora geöffnet. Sie haben mit einem Federstrich unserem Volk ohne Not eine Bürgschaft in Höhe von weiteren 750 Milliarden Euro aufgelastet. Jetzt, nach einem halben Jahr, ruft dieselbe Partei nach "soliden Finanzen" und nach "Stabilität". Wie verlogen darf in diesem Freistaat Politik sein, wenn nur "CSU" außen draufsteht?

(Beifall bei der AfD)

Das billige Geld beschreiben Sie als "Corona-bedingt" – welche Volksverdummung! Billiges Geld kommt von niedrigen Zinsen. Mit denen hat die EZB jahrelang die Staatshaushalte der Rotweinstaaten gestützt. Solch niedrige Zinsen, gepaart mit geldmen-
genbedingter Inflation, sorgen für eine negative Realverzinsung. Mit Ihrer asozialen Politik bringen Sie es fertig, die Preise zu treiben und zugleich die Sparer hier in Bayern zu enteignen.

Zum Ende des Antrags, der nicht einmal in der Lage ist, die Finanzpolitik von der EZB-Geldpolitik trennscharf zu unterscheiden, trauern Sie Weidmann noch nach! Wir auch. Sein Grund, alles hinzuwerfen, war Ihr Lavieren auf dem EU-Parkett, das war Ihre Ignoranz gegenüber seinen Mahnungen, und das war Ihre Unfähigkeit, die rot-grüne Zündschnur auszutreten.

Unsere Forderungen hingegen sind klar und stringent: Ausstieg aus der gemeinsamen Haftung für Eurobonds, Ende der Anleihekäufe zugunsten der Pleitestaaten, Schluss mit der Inflation durch Einstampfen des CO₂-Assets, Wiedereinsetzen des Stabilität-

spaktes zum Jahreswechsel und eine Geldwertstabilität nach den Maßstäben der Bundesbank.

(Beifall bei der AfD)

Wir müssen endlich aufhören, mit erfundenem Geld wertloses Papier zu kaufen, für das noch unsere Enkel haften sollen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Mut zur Wahrheit bedeutet nicht nur Mut zum souveränen Nationalstaat, sondern auch Mut zur eigenen Währung. Ihren Antrag lehnen wir ab; für den unseren bitten wir um Ihre Zustimmung.

(Beifall bei der AfD)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Abgeordneter, danke schön. – Der nächste Redner ist der Kollege Tim Pargent für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Tim Pargent (GRÜNE): Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Die Rede, die wir von der AfD gehört haben, fällt wohl eher in die Kategorie "die Geister, die ich rief". Wenn man die EZB-Politik aufruft – ob wir dafür nun zuständig sind oder nicht, sei dahingestellt –, muss man mit diesem Echo leider rechnen.

Der Antrag ist nicht nur aus diesem Grund schlecht, sondern auch deshalb, weil er durch den ganzen Antragstext die EZB-Geldpolitik mit der Finanzpolitik der EU-Mitgliedstaaten vermengt und sie in Zusammenhänge bringt, die volkswirtschaftlich – ich sage mal – gewagt, aber mindestens unzulässig sind.

Er ist nicht nur handwerklich schlecht, sondern es schwingt auch eine ununterbrochene Einflussnahme auf die Geldpolitik der EZB mit. Weil Sie das jetzt schon wiederholt in Ihren Dringlichkeitsanträgen zum Ausdruck gebracht haben, möchte ich Ihnen den Artikel 130 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union nicht vorenthalten, an den wir gebunden sind. Dieser lautet:

Bei der Wahrnehmung der ihnen durch die Verträge und die Satzung des ESZB und der EZB übertragenen Befugnisse, Aufgaben und Pflichten darf weder die Europäische Zentralbank noch eine nationale Zentralbank noch ein Mitglied ihrer Beschlussorgane Weisungen von Organen, Einrichtungen oder sonstigen Stellen der Union, Regierungen der Mitgliedstaaten oder anderen Stellen einholen oder entgegennehmen. Die Organe, Einrichtungen oder sonstigen Stellen der Union sowie die Regierungen der Mitgliedstaaten

– also letztendlich auch der Bayerische Landtag –

verpflichten sich, diesen Grundsatz zu beachten und nicht zu versuchen, die Mitglieder der Beschlussorgane der Europäischen Zentralbank oder der nationalen Zentralbanken bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben zu beeinflussen.

Das ist Artikel 130 des Vertrages über die Arbeitsweise der Europäischen Union, der die Einflussnahme der nationalen Regierungen untersagt. Diese Einflussnahme schwingt jedoch leider in so gut wie jedem Ihrer finanzpolitischen Dringlichkeitsanträge mit. Das verstößt aus meiner Sicht aber gegen den Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union.

Ich werde Ihnen diesen Vertragstext beim nächsten Dringlichkeitsantrag ausdrucken und einrahmen, dann können Sie ihn in Ihren Fraktionssaal, Ihre Büros oder meinetwegen auch übers Bett hängen, damit Sie ihn beherzigen, bevor Sie das nächste Mal mit einem Dringlichkeitsantrag auf die EZB schimpfen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Man kann die Politik der EZB bewerten. Aber dass Sie immer nur die negativen Punkte herausgreifen und kritisieren, die positiven Initiativen, die die EZB-Politik in den letzten Jahren ergreifen musste, aber unter den Tisch fallen lassen, ist vielleicht Ihr Politikstil – das mag so sein, dass Sie dann zuletzt auch die Klimainvestitionen in Bausch und Bogen ablehnen. Dass Sie aber am Ende Ihres Antrags auf die Generationenge-

rechtigkeit verweisen, setzt dem Ganzen noch den Hut auf. Wir werden beide Anträge ablehnen. – Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Kollege, danke schön. – Die nächste Rednerin ist die Abgeordnete Simone Strohmayr für die SPD-Fraktion. Frau Kollegin, Sie haben das Wort.

Dr. Simone Strohmayr (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Olaf Scholz, der uns als Bundesfinanzminister sicher durch die Krise geführt hat, wird wahrscheinlich nächster Bundeskanzler. Liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist eine gute Nachricht.

(Beifall bei der SPD – Heiterkeit)

Olaf Scholz wird nicht nur Klimakanzler, sondern er steht auch für solide Staatsfinanzen.

(Unruhe)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das wissen auch die Menschen hier in Bayern. Deswegen haben sie Olaf Scholz gewählt.

(Beifall bei der SPD)

Olaf Scholz hat mehrmals klargestellt, dass er für solide Finanzen steht. Ich zitiere aus einem Interview im "Handelsblatt":

Der Stabilitäts- und Wachstumspakt ist gut und hat sich bewährt. Er bietet ausreichend Spielraum, um bei einer so schweren Wirtschaftskrise, wie wir sie gerade erlebt haben, gegenzusteuern.

Das sind die Worte von Olaf Scholz.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Ihr Dringlichkeitsantrag ist voller falscher Behauptungen. Sie wollen ein Ende der – Sie schreiben wörtlich – "Corona-bedingten Politik des billigen Geldes". Ich möchte Sie daran erinnern, dass Sie bis vor Kurzem selbst noch ein Teil der Bundesregierung waren. Ich möchte Sie auch daran erinnern, dass wir hier in Bayern gar nicht so sparsam waren.

Wir sind durch die Hilfen, die wir gemeinsam bereitgestellt haben, gut durch die Krise gekommen. Darauf sollten wir stolz sein, anstatt jetzt mit billiger Polemik nachzutracken.

(Beifall bei der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn Sie mit der "Corona-bedingten Politik des billigen Geldes" Ihre Maskendeals meinen, dann muss ich dem allerdings zustimmen. So eine Geldverschwendung hat es unter einer SPD-Führung nicht gegeben.

Sie behaupten allen Ernstes heute hier, dass die Sondierungsgespräche an der Geldstabilität rütteln, weil wir klimafreundliche Investitionen wollen. Es ist richtig: FDP, GRÜNE und SPD haben sich klar zu soliden Staatsfinanzen, zur Schuldenbremse und zu den Stabilitätskriterien bekannt. Aber es ist auch wahr, dass wir klimafreundliche Investitionen wollen.

Zum Schluss noch: Sie sprechen in Ihrem Antrag auch den Rücktritt von Jens Weidmann an. Herr Weidmann hat die Geldpolitik in Deutschland und in Europa maßgeblich geprägt. Dafür danken wir ihm.

(Beifall bei der SPD)

Die Bundesbank steht ebenso wie die EZB für Geldmarktstabilität. Beide sind völlig unabhängig. Es braucht daher nicht Ihre Aufforderung hier im Bayerischen Landtag, dass die Bundesbank als Bewahrer der Geldstabilität eintreten soll. Die ist völlig daneben, liebe Kolleginnen und Kollegen. Wir lehnen Ihren Antrag ab und den der AfD mangels Substanz sowieso.

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Frau Kollegin, es liegt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung vor. Dazu erteile ich dem Abgeordneten Martin Böhm von der AfD-Fraktion das Wort.

Martin Böhm (AfD): Sehr verehrte Frau Kollegin, es ist erstaunlich, wie selbst in Reihen der Sozialdemokraten diese Mär der CSU verfängt, dass das billige Geld der Corona-Krise geschuldet ist. Das ist sensationell, wenn selbst Sie daran glauben und das rezitieren.

Ich darf Sie daran erinnern, dass das billige Geld natürlich zuallererst einmal der Niedrigzinspolitik zu verdanken ist. Die Niedrigzinspolitik wurde vor wenigen Jahren durch die Rettung von Griechenland und durch die Eurokrise ausgelöst. Was meinen Sie, was ist Ihre persönliche Prognose, was denken Sie, wie das billige Geld entstanden ist? Haben Sie die volkswirtschaftliche Expertise, uns das noch einmal kurz zu umreißen?

(Beifall und Heiterkeit bei der AfD)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Bitte, Frau Kollegin.

Dr. Simone Strohmayr (SPD): Sehr geehrter Herr Kollege, ich muss mit Ihnen wirklich nicht darüber diskutieren. Wir diskutieren heute hier über die Sondierungsgespräche und die Auswirkungen auf die Geldstabilität hier in Deutschland. Ich habe ausführlich dargelegt, dass wir mit Olaf Scholz einen richtigen Weg beschreiten. Mehr gibt es dazu nicht zu sagen.

(Beifall bei der SPD – Zuruf von der AfD: Oil of Olaf!)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Frau Kollegin.

Nächster Redner ist der Kollege Dr. Helmut Kaltenhauser für die FDP-Fraktion. Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Dr. Helmut Kaltenhauser (FDP): Sehr geehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich sage es gleich zu Anfang: Der vorliegende CSU-Antrag enthält manch Sinnvolles, insbesondere die Forderung, an den Maastricht-Kriterien festzuhalten, und deshalb werden wir dem Antrag auf jeden Fall so zustimmen.

Zur Ehrlichkeit gehört aber auch, dass die Maastricht-Kriterien keine Angelegenheit allein von Brüssel sind. Es ist auch jeder einzelne Mitgliedstaat aufgerufen, sie einzuhalten. Deutschland hat schon unzählige Male gegen die Maastricht-Kriterien verstoßen, gegen die Gesamtverschuldungsgrenze von 60 %, gegen die Nettoneuverschuldungsgrenze von 3 % pro Jahr, und fast immer saß die CSU am Kabinettstisch dabei und hat dies abgenickt. Sich Jamaika-Gesprächen zu verweigern und dann die Sachen, die man selber nicht auf die Reihe bekommen hat, von anderen zu fordern, das ist frech – höflich ausgedrückt.

Weiter geht es: Zu einer soliden Haushaltsführung gehört auch, dass man sich die Ausgaben ansieht und hinterfragt, ob sie wirklich alle sinnvoll und erforderlich sind. Da braucht die Staatsregierung gar nicht so sehr auf die Bundes- oder gar Europaebene zu schauen. Wir haben in Bayern auch eine Riesenmenge an Rekordausgaben. Ich fand es bemerkenswert, dass ich diese Woche das erste Mal gelesen habe – ich glaube, der Kollege Zellmeier hat das in den Medien von sich gegeben –, dass man tatsächlich ernsthaft über Beschränkungen der Wahlgeschenke nachdenkt.

Aber trotzdem: Es gibt Förderprogramme, bei denen seit Jahren 80 % der Gelder nicht ausgeschöpft wurden. Erfolgt da im Finanzministerium irgendwie eine Evaluation dieser Ausgaben? Wird geprüft, wie das Ziel, das man damit verfolgt, überhaupt erreicht werden kann? Erreicht man es überhaupt? – Für Stabilität kann man auf der Ausgabenseite noch viel mehr ansetzen als auf der Einnahmenseite.

Zu soliden Finanzen, wie in dem Antrag gefordert, gehört natürlich die Schuldenbremse. Sie wird auf Bundesebene nicht abgeschafft. Das steht ausdrücklich im Sondierungsprogramm. Das ist klar die Handschrift meiner Partei. Ich glaube, das war auch

nicht anders zu erwarten. Darauf können Sie sich ganz sicher verlassen. Selbstverständlich ist die FDP für solide Finanzen und gegen eine ultralockere Geldpolitik. Aber das haben wir heute schon mehrfach gehört.

Mir ist der Zusammenhang nicht so ganz klar, der im Titel des Antrags steht. Geldpolitik ist Aufgabe der EZB. Der haben wir nicht reinzureden. An die kann man vielleicht hin und wieder appellieren, und das war es dann.

Solide Finanzen sind Aufgabe der Regierung, auf der Bundesebene, auf der die CSU immer dabei war, und auf der Landesebene. Das heißt also: Hier kann man ansetzen.

Zusammengefasst: Das ist ein guter Antrag, dem wir zustimmen. Aber, liebe CSU und liebe FREIE WÄHLER, kehren Sie bitte auch vor der eigenen Tür. Baustellen gibt es bei der Rekordverschuldung, die wir derzeit in Bayern haben, genug.

Der AfD-Antrag lehnt sich, glaube ich, fast von selber ab; denn, wie gesagt, kann die Unabhängigkeit der EZB überhaupt nicht angegriffen werden. Das können wir überhaupt nicht diskutieren.

(Beifall bei der FDP)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Herr Kollege. – Nächster Redner ist der Abgeordnete Gerald Pittner für die FREIEN WÄHLER. Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Gerald Pittner (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Im Supermarkt wird die Milch teurer, an der Tankstelle wird das Benzin teurer. Das könnte ich jetzt stundenlang so fortsetzen. Jetzt werden Sie mich wahrscheinlich fragen: Was hat das mit dem gemeinsamen Antrag der schwarz-orangen Koalition zu tun, der Haushalts- und Finanzpolitik betrifft? – Sehr viel! Seit Jahren, genau genommen seit der Finanzkrise 2008/2009, betreibt – in Kurzfassung – die EZB die Politik des lockeren Geldes: Die Zinsen wurden immer weiter gesenkt, bis sie jetzt zwischenzeitlich im negativen Bereich gelandet sind, mit fatalen Folgen für die Wirt-

schaft, für die Zukunft unserer Gesellschaft. Das nützt zwar den Staaten mit hoher Verschuldung und damit natürlich auch durchaus uns, schadet aber allen, insbesondere auch den Bürgern, unseren Kindern und den Sparern.

Dies wurde natürlich durch die Corona-Krise verstärkt. Auch wenn das gerade angegriffen wurde, war es richtig, dass der Staat viel Geld in die Hand genommen hat, um parat zu stehen, wenn die Wirtschaft und damit auch die Gesellschaft gefährdet sind. Natürlich hat das Geld gekostet, sogar sehr viel Geld. Aber es war richtig, weil die Notlage da war.

Nur trifft das Ganze jetzt, nachdem es ja auch Schulden waren, auf eine Situation, in der der Konsum nach dem Lockdown hochgeht, die Leute relativ viel Geld zur Verfügung haben, Logistikprobleme entstanden sind usw., die Inflation zwischenzeitlich bei 3,8 % ist. Jeder, der sich auskennt, weiß: 3,8 % sind fast eine Halbierung des Wertes des Euro in 18 Jahren. Die Bundesbank geht von 2 % aus.

Und dann hören wir, dass der Stabilitätspakt überarbeitet werden soll. "Überarbeitet" heißt im Zweifel immer: aufgeweicht. Wir hören davon, dass zum Zwecke verschiedener Ausgaben, die die Koalitionäre in Berlin vorhaben, 50 Milliarden Euro weitere Schulden jährlich aufgenommen werden sollen.

Die Schulden von heute sind aber die Steuern von morgen. Man muss ganz klar sagen: Das trifft auf eine Situation, in der die Wirtschaft nicht darunter leidet, dass die Nachfrage nicht stimmt, sondern dass das Angebot nicht der Nachfrage standhält. Das hat zur Folge, dass das Geld verpufft. Die Preise werden höher. Mehr können wir nicht kaufen, weil nicht mehr da ist. Die Inflation wird weiter angeheizt.

Wenn die Inflation weiter angeheizt wird und noch weiter steigt – das hatten wir alles schon in der Vergangenheit –, dann geht es an das Geld von jedem Einzelnen, nicht nur von uns, sondern von Sparern, Rentnern, Mittelstand usw., nämlich von all denen, die einen Großteil ihres Geldes nur zum Leben, für ihren Haushalt, ausgeben und

nicht irgendwo investieren können, und sei es in eine Jacht in der Karibik. Die zahlen das nämlich, weil sie nicht ausweichen können.

Das wollen wir nicht, und deswegen haben wir im Koalitionsvertrag eben auch die Aufgabe festgeschrieben, dass wir für ausgeglichene Haushalte, solide Finanzpolitik und natürlich für die Einhaltung der Schuldengrenze stehen. Dass wir das in den letzten zwei bis drei Jahren nicht eingehalten haben, ist klar: Sorry, es gab die Pandemie – für den, der es noch nicht gemerkt hat. Dass Sie es bei der einen oder anderen Ausgabe anders machen würden als wir, ist auch klar. Nur insgesamt sind wir der Meinung, dass die Einhaltung der Maastricht-Kriterien richtig ist, und wir werden sie auch weiterverfolgen.

Kollege Pargent, es ist eben nicht so, dass wir in die EZB eingreifen wollen. Wenn Sie den Antrag richtig gelesen haben, ist das eine Aufforderung an die Bundesregierung, sich dieser Politik zu stellen und bei möglichen Verhandlungen genau dieser Richtung weiter zu folgen, und nicht, der Bundesbank oder der EZB vorzuschreiben, was sie zu sagen hat.

Kollegin Strohmayr, es mag sein, dass der künftige Bundeskanzler Scholz – so er es denn wird – für solide Finanzpolitik steht. Wir wollen ihm ja helfen. Wir haben aber Angst, dass ihm seine eigene Partei in den Rücken fällt. Das ist doch das Problem.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU – Widerspruch bei der SPD)

Um Herrn Scholz mache ich mir am wenigsten Sorgen. Wer aber steht hinter ihm? – Wir brauchen bloß den Kollegen von Brunn anzusehen; da wird es dann eng.

(Heiterkeit und Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU – Unruhe bei der SPD)

– Das muss man einfach sagen. Das ist halt unsere Sorge.

(Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

Insgesamt lehnen wir den Antrag der AfD natürlich ab, allein schon wegen des Vorziehens der Anwendung der Stabilitätskriterien.

Dem gemeinsamen Antrag von FREIEN WÄHLERN und CSU bitte ich nach den von mir gemachten Ausführungen zuzustimmen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Kollege, es liegt der Wunsch nach einer Zwischenbemerkung vor. – Hierzu erteile ich das Wort Herrn Abgeordneten Dr. Helmut Kaltenhauser für die FDP-Fraktion. Bitte.

Dr. Helmut Kaltenhauser (FDP): Kollege Pittner, nachdem es schon mehrere Redner angesprochen haben, möchte auch ich noch einmal auf die Formulierung "Corona-bedingte Politik des billigen Geldes" eingehen: Bedeutet diese Formulierung, dass das billige Geld, das angeblich Corona-bedingt war, okay war, aber nicht das billige Geld, das davor bereitgestellt wurde? Darf ich das so interpretieren? Letzteres war sehr viel mehr als das, was wir in der Corona-Pandemie aufgenommen, das heißt gedruckt haben. Das müssen Sie mir einmal erklären. Mit dieser Formulierung in Ihrem Antrag haben Sie sich keinen Gefallen getan. Wieso steht das genau so drin, und was ist mit dem billigen Geld aus der Zeit davor?

Gerald Pittner (FREIE WÄHLER): Ich bin der Meinung, dass ein Parlament, ein Finanzminister, eine Regierung grundsätzlich mit dem Geld auszukommen haben, das sie einnehmen, der Haushalt also ausgeglichen zu sein hat – Punkt.

Wenn wir aber eine Katastrophensituation wie die Corona-Pandemie haben – das ist eine Ausnahmesituation –, dann kann man davon abweichen und muss halt in guten Jahren die Schulden zurückzahlen. Das billige Geld, das vorher über Jahre und sogar Jahrzehnte bereitgestellt worden war und in dessen Ergebnis die heutige Staatsver-

schuldung existiert, diene auch dazu, die Folgen der mangelnden Reformbemühungen einzelner Länder zu reduzieren. Das ist aus meiner Sicht schon ein Unterschied.

Ich werde auch in Zukunft nichts dagegen haben, dass der Staat eingreifen darf, wenn wir, was wir alle nicht hoffen, weitere Katastrophen haben sollten. Wenn er dafür Schulden aufnehmen muss, dann ist es gut investiertes Geld, wenn er es hinterher entsprechend einem vernünftigen Plan zurückzahlt. Wenn die Mittel aber nur zum Konsum oder nur für die Bezahlung der eigenen bzw. der von irgendwelchen Parteien getragenen Interessen vorgesehen sind – das gilt für uns genauso wie für Sie und jeden anderen –, dann geht das nicht. In diesem Fall muss man sich auf die Mittel des Haushalts beschränken und das so auch festschreiben.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herzlichen Dank, Herr Kollege.

Gerald Pittner (FREIE WÄHLER): Noch eine?

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Nein.

Gerald Pittner (FREIE WÄHLER): Dann gehe ich jetzt.

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Noch einen Redner haben wir, und zwar für die Staatsregierung Staatsminister Albert Füracker. Bitte schön, Herr Staatsminister.

Staatsminister Albert Füracker (Finanzen und Heimat): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich bin dankbar, dass dieses Thema heute aufgerufen wird; denn es ist ein Thema, das die Menschen – alle Menschen – bewegt. Die Sorge, wie sich der Wert des Geldes entwickelt, und die damit im Zusammenhang stehende Frage, wie wir die Staatsfinanzierung in den nächsten Jahren und Jahrzehnten gestalten können, berühren wirklich die Grundlagen des Staates. Das Empfinden der Menschen gegenüber dem Staat und ihr Vertrauen in diesen werden dadurch zutiefst geprägt bzw. verändert.

Dass die Corona-Krise eine große Herausforderung war, haben wir mehrmals gehört. Das ist ja auch nicht wirklich etwas, worüber wir uns uneinig gewesen wären. Wir haben gegen die Krise "aninvestiert". Es ist Konsens gewesen, dass man jetzt, in der größten Krise, nicht auch noch spart, sondern wir alle haben entschlossen gehandelt und durch unser Tun irreparablen Schaden von der Volkswirtschaft ferngehalten. Wir haben Massenarbeitslosigkeit verhindert.

Die Defizite, die wir dadurch in den Staatshaushalten produziert haben – zusätzlich zu denen, die wir schon hatten –, sind allerdings beträchtlich. Es ist bemerkenswert, was insbesondere im Euro-Raum in den letzten Jahren entstanden ist. Wir wollten die Krisen von den Menschen fernhalten. Deshalb haben wir insbesondere in den letzten Jahren eine hohe Staatsverschuldung aufgebaut. Nach den letzten Krisen haben es nicht alle Mitgliedsstaaten geschafft, die Staatsverschuldung auf ein erträgliches Niveau zurückzuführen.

In Deutschland haben wir das nach den vergangenen Krisen geschafft und damit den Stabilitätskriterien entsprochen. In jüngster Zeit haben wir aber innerhalb kurzer Frist eine Krise nach der anderen erlebt. Wir haben uns angewöhnt, zum Tresor zu gehen – oder: zur Bank; denn der Tresor ist nicht gefüllt –, um dort Geld zu holen und so die Krise zu bewältigen.

Wir haben in der Krise gezeigt, dass der Stabilitätspakt flexibel genug ist. Das ist entscheidend; denn wenn er nicht flexibel gewesen wäre, dann hätten wir das alles gar nicht tun können. Umgekehrt aber – auch das muss man ehrlicherweise sagen – darf das Aussetzen der in einer Normalsituation geltenden Regeln nicht zu einer ungehemmten Schuldenfinanzierung in ganz Europa führen. Denn was haben wir aus der Staatsschuldenkrise gelernt, meine Damen und Herren? Die beste Vorsorge für solche Situationen ist es, einen stabilen Euro zu gestalten. Wir müssen darauf achten, dass wir rasch wieder dorthin kommen. Diese Zielsetzung sollte jetzt auch im Zentrum der Debatte in der Europäischen Union stehen: Wie können wir bei der Reform des Stabi-

litäts- und Wachstumspaktes vorgehen und möglichst rasch zur Normalität zurückkehren?

Dass der EU-Wirtschaftskommissar insbesondere die Interessen der Italiener vertritt, ist augenfällig. Das kann er tun. Wir sollten es ihm aber nicht durchgehen lassen, meine Damen und Herren; denn es gibt auch noch andere Interessenlagen in der Europäischen Union. Die einen sagen: Es ist schön, dass es jemanden gibt, der bezahlt und garantiert. – Mit "jemand" sind allerdings meistens wir in Deutschland gemeint. Deshalb müssen wir uns frühzeitig dagegen wehren. Es geht nämlich nicht, dass die einen anschaffen, aber die Regeln nicht einhalten, und die anderen es bezahlen und das Ganze absichern sollen. Das würden die Menschen bei uns nicht verstehen.

Die Krise darf nicht der Deckmantel sein, unter dem die Schuldenregeln in Europa aufgeweicht werden. Wir haben ein anderes Verständnis von guter Finanzpolitik. Wir müssen diese Regeln konsequent anwenden; darauf kommt es letztlich an.

Klar ist: Die Schulden lösen sich nicht dadurch auf, dass wir die Schuldengrenze einfach heraufsetzen. Damit ist noch kein einziger Euro Schulden zurückgezahlt, getilgt oder abgebaut. Auch Stabilität wird damit nicht gewährleistet. Wir müssen bereits seit 20 Jahren, schon vor Corona, feststellen, dass die Staaten die Regularien nur in der Hälfte der Fälle einhalten. Allein das ist etwas, angesichts dessen wir uns manchmal fragen: Weshalb ist es eigentlich so weit gekommen, dass die Regeln, die wir schon immer hatten, so lax angewandt wurden?

Das Sanktionsregime war ineffektiv, schon vor der Krise. Wir alle sollten aus den jüngsten Krisen lernen, dass wir darauf achten müssen, nach einer Krise rasch zur Normalität zurückzukommen.

Das Ganze ist natürlich nur eine Momentaufnahme. Denn eines ist auch klar: Diejenigen, die sagen, es sei überhaupt kein Problem, heute, bei Null- oder Minuszinsen, Schulden zu haben, blenden aus, dass die Zeiten sich wieder ändern können. Die

Zinswende wird irgendwann kommen. Ich glaube nicht, dass wir auf alle Zeiten Null- oder Minuszinsen haben werden. Es wird eine Zinswende geben, früher oder später, und dann sind hohe Schuldenstände eben ein riesiges Problem. Es ist noch nicht so lange her, dass wir im bayerischen Staatshaushalt Milliarden aufwenden mussten, um Zinsen und Tilgungen zu bezahlen. Angesichts der niedrigen Zinsen, die heute für öffentliche Darlehen fällig werden, wird von manchem so getan, als ob das auch in Zukunft kein Problem sei. Deshalb müssen wir schon aufpassen.

Meine Damen und Herren, es kann nicht sein, dass wir aufgrund fehlender Fiskaldisziplin in Europa von einer Krise in die andere schlittern und die Geldpolitik ständig mit Feuerwehrmaßnahmen reagieren muss. Die EZB bewegt sich – das sage ich hier auch – zunehmend an den Grenzen ihres Mandats. Das kritisieren wir schon lange.

Nun kann man sagen – ich habe es schon ein paar Mal gehört –: "Ihr habt doch in Berlin mitregiert!" – Die EZB ist zu Recht eine unabhängige Institution, die die Geldwertstabilität in Europa gewährleisten soll. Unabhängige Institutionen zu kritisieren, ist ja kaum erlaubt in dieser Welt.

Wir haben es uns trotzdem erlaubt, seit Jahren immer wieder darauf hinzuweisen, dass wir geldpolitisch angesichts der Nullzinspolitik und der Anleihenkäufe in der Dimension, wie sie die EZB vorgenommen hat, eigentlich nicht mehr auf Krisen vorbereitet sind. Jedenfalls können wir auf Krisen geldpolitisch nicht mehr wirksam reagieren. Genau das ist der Punkt: Auf die Krise im Bereich Corona war keine Zinssenkung mehr möglich. Was haben wir also alle miteinander getan? – Wir haben versucht, diese Krise vor allem fiskalpolitisch zu bewältigen. Daran musste man eigentlich schon erkennen, dass es kein Ziel sein kann, möglichst viele Schulden zu haben und zu glauben, damit auf die Dauer alle Probleme erschlagen zu können. Vorbereitung auf die nächste Krise heißt, den Normalzustand auch im Bereich der Geldpolitik nach der Krise möglichst rasch wieder herzustellen. Leider unterblieb dies nach den letzten Krisen.

Meine Damen und Herren, es gibt auch keine guten und schlechten Schulden. So zu tun, als wären grüne Schulden quasi privilegiert positive Schulden, ist ein Irrweg.

(Beifall bei der CSU)

Es ist schwer nachvollziehbar, welche Investitionen nachhaltig oder klimafreundlich sein sollen. Die ESG-Kriterien werden entsprechend verhandelt, werden diskutiert. Mittlerweile gibt es in Europa sogar Leute, die sich darüber unterhalten, ob Schulden, ob die Zinspolitik, ob die Unterstützung der Verteidigungspolitik, die Unterstützung der Klimapolitik, die Unterstützung der Energieproduktion positiv oder negativ zu werten sind. Offensichtlich haben wir auch hierüber keine große Einigkeit. Es gibt nämlich Staaten, die der Meinung sind, Kernenergie sei etwas, das klimafreundlich und positiv ist und deshalb auch nach den ESG-Kriterien positiv bewertet werden müsse.

Ich muss Ihnen deswegen in aller Ehrlichkeit sagen: Ob dieser Kreativität glaube ich, dass wir uns noch wundern werden über das, was manche Staaten in geld- und fiskalpolitischer Hinsicht noch an den Tag legen werden in der Hoffnung, wenn es schiefgeht, wird schon irgendjemand dafür bürgen und wird schon irgendjemand dafür bezahlen.

Deswegen, meine Damen und Herren: Auch grüne Schulden sind Schulden. Dies ändert nichts an der Tragfähigkeit und an der Tatsache, dass irgendwer irgendwann diese Schulden auch wieder zurückbezahlen wird müssen. Deswegen möchte ich nicht haben, dass sich die Botschaft durchsetzt: Alles, was wir jetzt machen, kommt der Jugend automatisch zugute. Die Jugend wird früher oder später auch die Schulden bewältigen müssen. Deswegen dürfen wir unter dem Aspekt der Generationengerechtigkeit nicht immer so tun, als wäre nur eine einzige Art von Politik generationengerecht, nämlich die Klimapolitik. Auch die Finanzpolitik und die Haushaltspolitik müssen unter dem Aspekt der Generationengerechtigkeit gesehen werden.

(Beifall bei der CSU)

Deswegen ist es richtig, eine Schuldenunion abzulehnen, meine Damen und Herren. Wir lehnen Vorschläge zur dauerhaften Schuldenfinanzierung der Transfermechanismen innerhalb der Europäischen Union ab, die Vergemeinschaftung von Schulden ohnehin. Es dauerhaft zuzulassen, nicht nur in Krisenzeiten – es gibt Ausnahmezeiten in Krisen; davon sprach ich –, dass sich die Europäische Union verschuldet, gedeckt durch eine Versicherung insbesondere der größten Nettozahler, ist etwas, das jedenfalls ich der Bevölkerung nicht erklären kann und auch nicht erklären möchte.

Deswegen müssen wir darauf achten, dass unsere Politik auch zu dem passt, was in Europa notwendig ist. Meine Damen und Herren, heute ist darüber gesprochen worden, dass sich der voraussichtlich neue Bundeskanzler als Hort der Stabilität von Währung und Finanzierung der Europäischen Union hervortun würde. Am 3. Februar 2021 jubelte Olaf Scholz geradezu über den gelungenen Einstieg in die Fiskalunion. Ja, er will eine Fiskalunion. Wir wollen aber keine Fiskalunion, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Eine Schuldenunion durch die Hintertür darf es nicht geben.

Zum Schluss sage ich Ihnen noch etwas: Dass mittlerweile der fünfte namhafte, wirkmächtige, einflussreiche Mensch bei der EZB, dieses Mal sogar der Präsident der Bundesbank, zurückgetreten ist, dass fünf Menschen, die in Europa eine stabile Geld- und Finanzordnung wollen und diese wie die Bundesbank auf diesem Weg halten wollten, zurückgetreten sind, ist für mich ein Alarmsignal; denn die Bekämpfung der Inflation muss ein Kernauftrag der Europäischen Zentralbank sein. Es kann nicht sein, dass nur diejenigen, die dies auch wollen, aus lauter Frust zurücktreten, sondern auch wir müssen die EZB daran erinnern, dass sie jetzt endlich sagen muss, wie sie Schritt für Schritt zurück zur geldpolitischen Normalität will.

Natürlich weiß ich auch, dass man nicht von heute auf morgen die Zinsen um drei Prozentpunkte anheben kann. Es geht aber nicht zu sagen: Nein, wir werden bei null Pro-

zent Zins bleiben und weiter Anleihen in dieser Dimension kaufen, und dann werdet ihr schon sehen, ob wir irgendwann ein Signal senden. Man muss jetzt schon einmal ankündigen, was man denn vorhat. Meine Damen und Herren, ich glaube nämlich nicht, dass die Europäische Zentralbank die Inflation vor allen Dingen dann gut bekämpfen kann, wenn diese hoch ist. Das ist nicht mein Ziel. Wir haben jetzt plötzlich eine Inflationserwartung zwischen 4 und 5 %. Jetzt spricht jeder darüber, was getan werden kann. Jahrelang haben wir an die EZB appelliert, sie sollte geldpolitisch endlich dafür sorgen, dass keine Inflationsgefahr entsteht, indem die Zinsen ewig auf null und unter null gehalten werden. Wir haben immer auf die Notwendigkeit hingewiesen, geldpolitische Normalität herbeizuführen. Das ist nie getan worden.

Ich möchte heute noch deutlicher als früher der EZB zurufen, endlich entsprechend tätig zu werden. Es ist wahr, dass dies immer nur appellativen Charakter hat. Ich sage aber auch ganz ehrlich: Obwohl dies nur appellativen Charakter hat und bei der EZB möglicherweise verhallt, scheue ich mich nicht davor, weiterhin zu appellieren und auch das darzustellen, was richtig ist.

Meine Damen und Herren, im Übrigen hat das Bundesverfassungsgericht die Anleihenkäufe im Rahmen der Geldpolitik in Bezug auf die Verhältnismäßigkeit ganz klar kritisiert. Wir sollten uns wieder darauf stützen, dass das Bundesverfassungsgericht klar sagt, dass das, was getan wird, Auswirkungen haben wird und dass die Verhältnismäßigkeit der Maßnahmen überprüft werden müsse: Wie wirken sich die geldpolitischen Beschlüsse auf Sparer, auf Zombie-Unternehmen – so sind sie bezeichnet worden –, auf Immobilienpreise und auf alles, was mit der Geldpolitik in Zusammenhang steht, aus? Es geht also nicht nur um die Geldpolitik selbst und um die Inflation als solche.

Insofern bitte ich schon, dass wir uns als Bayerischer Landtag dem anschließen, was im CSU-Antrag formuliert wurde; denn es hat überhaupt keinen Sinn, zu glauben, dass wir mit den Krisenbewältigungsinstrumentarien die dauerhaften Herausforderungen bewältigen können. Wenn wir in der normalen Zeit die Instrumente der Krisenbe-

wältigung als normal betrachten, meine Damen und Herren, was sollen wir denn dann machen, wenn es wieder eine Krise gibt? In diesem Sinne finde ich es sehr gut, dass wir heute über diesen Antrag beschließen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Staatsminister, bleiben Sie bitte am Rednerpult. Ich habe eine ganze Liste an Meldungen zu Zwischenbemerkungen, nämlich deren vier. – Für die erste Zwischenbemerkung erteile ich dem Abgeordneten Martin Böhm, AfD-Fraktion, das Wort.

Martin Böhm (AfD): Sehr geehrter Herr Staatsminister, zunächst muss selbst ich als AfD-Urgestein konstatieren, dass Sie als Bundesfinanzminister wahrscheinlich wesentlich geeigneter wären, als es Herr Scholz in seinem Leben jemals wird sein können. Die Worte, die Sie heute gesprochen haben, waren sehr gewogen und auch sehr reflektiert. Mir gefallen solche reflektierten Worte, mir fehlt aber schlicht der tiefere Glaube; denn schlussendlich war es Ihre Landesgruppe im letzten, im 19. Deutschen Bundestag, die anders gehandelt hat, als Sie es heute von sich geben, die eben die Corona-Bonds ermöglicht hat, die damit unser Volk in 750 Milliarden Euro Verschuldung hineingeführt hat und unser Land in diesem Sinne in ein Übel gestürzt hat, aus dem wir so einfach nicht mehr herauskommen werden.

Vielleicht können Sie zum Abschluss Ihrer Ausführungen den Bürgern draußen bei uns im bayerischen Freistaat ungefähr beziffern, in welcher Größenordnung wir als Bundesrepublik Deutschland –

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Kollege, Sie haben eine Minute für Ihre Zwischenbemerkung.

Martin Böhm (AfD): – für die Corona-Bonds haften. Danke.

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Bitte, Herr Staatsminister.

Staatsminister Albert Füracker (Finanzen und Heimat): Ich glaube, ich habe eindeutig ausgeführt, dass wir dieser einmaligen Aktion zur Krisenbewältigung zugestimmt haben. Wenn die Krisenbewältigung abgeschlossen ist, darf es das in der Form auch nicht mehr geben. Ich glaube, darüber sind wir uns alle einig.

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Für eine weitere Zwischenbemerkung erteile ich dem fraktionslosen Abgeordneten Markus Plenk das Wort.

Markus Plenk (fraktionslos): Herr Füracker, Sie haben von geldpolitischer Normalität gesprochen. Die neue Normalität sind ja Null- bzw. Negativzinsen und Anleihenkaufprogramme, natürlich vorwiegend Käufe von Staatsanleihen. Was genau verstehen Sie unter geldpolitischer Normalität?

Sie haben außerdem gesagt, Sie erwarten eine Zinswende. Wann wird sie Ihres Erachtens kommen, und wodurch wird die Zinswende eigentlich eingeläutet, wenn die Staaten weiterhin Schulden machen wollen?

Staatsminister Albert Füracker (Finanzen und Heimat): Herr Plenk, ich sagte, dass ich nicht davon ausgehe, dass es diese Zinssituation, die wir jetzt haben, ewig geben kann. Deswegen ist es nicht klug, möglichst viele Schulden zu machen; denn irgendwann wird man wieder mehr Zinsen zahlen müssen.

Ich sagte ferner, dass ich die EZB schon seit Jahren auffordere, Schritt für Schritt wieder geldpolitische Normalität herbeizuführen. Ich weiß, dass man nicht einen sprunghaften Anstieg der Zinsen um drei Prozentpunkte beschließen kann; das wird auch niemand tun. Schauen Sie: In Amerika hat man vor der Krise wenigstens versucht, die Zinsen leicht anzuheben, was dann dazu führte, dass es in der Krise auch noch geldpolitische Instrumente gibt, um die Krise zu bekämpfen, nicht nur wie in Europa vorwiegend fiskalpolitische Instrumente. Ich kann Ihnen daher schlecht eine Vorhersage geben. Wann die EZB das machen wird, weiß ich nicht. Ich sage zur EZB nur: Sagt jetzt bitte mal, was ihr vorhabt! – Zum Beispiel könnten die jetzt mal sagen: Ab dem

Soundsovielten kaufen wir keine Anleihen mehr. – Das wäre schon mal eine Ansage. Aber man hat bei der EZB geradezu das Gegenteil getan von dem, was wir möchten.

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Staatsminister, auch Sie haben eine Minute für Ihre Antwort!

Staatsminister Albert Füracker (Finanzen und Heimat): Wir sagten der EZB, sie soll endlich die Zinsen ein bisschen nach oben setzen. Die EZB hat gesagt: Die Inflation soll in Zukunft sogar bei mindestens 2 % sein, nicht bloß bei höchstens 2 %.

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Staatsminister, ich bitte Sie, zum Ende zu kommen. Wir haben noch zwei weitere Zwischenbemerkungen; für die nächste erteile ich dem Abgeordneten Raimund Swoboda, ebenfalls fraktionslos, das Wort.

Raimund Swoboda (fraktionslos): Sehr geehrter Herr Füracker, Ihr Vortrag hat mir gut gefallen.

(Lachen)

Ich unterstreiche das alles und werde diesem Dringlichkeitsantrag der CSU und der FREIEN WÄHLER deshalb zustimmen. Aber ich glaube, die Botschaft kommt ein wenig zu spät; denn Sie haben das Zepter der Macht auf Bundesebene abgeben müssen – durch Abwahl, weil Sie Vertrauen verspielt haben. Sie könnten Vertrauen wieder zurückgewinnen, und zwar indem Sie vor der eigenen Haustür kehren und dafür sorgen, dass die bayerischen Finanzämter bei der Einkommensteuer die sogenannten Verzugszinsen für Steuersäumige in Höhe von 6 % endlich an den Normalwert anpassen, der vom Bundesfinanzhof oder vom Bundesverfassungsgericht – nageln Sie mich nicht fest – längst eingefordert ist. Warum tun Sie das nicht?

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Staatsminister, bitte.

Staatsminister Albert Füracker (Finanzen und Heimat): Lieber Kollege, auch das Zweite, das Sie ansprechen, haben wir intensiv getan. Ich habe in der ganzen Zeit, in

der ich schon im Finanzausschuss des Bundesrates tätig sein darf, wie früher schon mein Vorgänger Dr. Söder stets dafür plädiert und Anträge in Berlin eingereicht, dass diese Verzugszinsen nicht bei 6 % bleiben, sondern auf ein normales Niveau angepasst werden. Das ist uns leider nicht gelungen. Da musste jetzt das Verfassungsgericht nachhelfen. Aber da sind wir d'accord. Wir werden das sicherlich auf einem wesentlich niedrigeren Niveau haben.

Noch einmal: Die EZB hat, Herr Plenk – das wollte ich noch zu Ende ausführen –, bisher immer erzählt, der Grundsatz wäre, die Inflation bei etwas unter 2 % zu halten, um dann plötzlich zu sagen: Jetzt möchten wir eine Inflation von 2 % haben. – Das war zum Beispiel das völlig falsche geldpolitische Signal. Deswegen glaube ich, dass wir alle miteinander von der unabhängigen EZB einfordern müssen, wenigstens einmal ein Signal zu senden, ab wann man geldpolitische Normalität wieder herbeiführen möchte. Das möchte ich. Das ist auch in aller Sachlichkeit richtig. Zu glauben, dass wir auf Dauer mit null Zinsen und unendlichen Schulden, wie es viele im linken Spektrum des Landes propagieren, glücklich werden, halte ich für ein großes Gerücht. Deswegen haben wir auch nichts versäumt. Aber ich kann in Berlin nichts beschließen, wenn die EZB – im Grunde richtigerweise – unabhängig ist.

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön. – Für eine weitere Zwischenbemerkung erteile ich dem Abgeordneten Tim Pargent für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

Tim Pargent (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Finanzminister, Ihre Ausführungen hinterlassen mich etwas sprachlos. Sie schimpfen gern auf die EZB-Politik, ohne die volkswirtschaftlichen Zwänge zu sehen, in denen sich die EZB jetzt 15 Jahre lang befunden hat. Die EZB hat es jahrelang mit Ach und Krach, sagen wir mal, mit viel Gewalt geschafft, die Inflation bei gerade mal, zwischen 1 % und 1,5 % zu halten. Ich frage Sie, ob ein EZB-Präsident Füracker im Zeitraum zwischen 2010 und 2020 das Anleiheprogramm beendet, den Leitzins erhöht und die Zinswende eingeleitet und damit den Euroraum in die Deflation gestürzt hätte?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Staatsminister Albert Füracker (Finanzen und Heimat): Niemand von uns kann beweisen, ob der Euroraum deshalb in die Deflation gestürzt worden wäre. Aber es wäre sicher nicht falsch gewesen, sich so wie auch die Fed etwas nach oben zu orientieren, um sich wieder Spielräume zu schaffen – auch für geldpolitische Antworten auf große Krisen.

Zu den Anleihekäufen: Ich hätte die, wenn ich da etwas zu sagen hätte, jedenfalls bei Weitem nicht in dieser Dimension durchgeführt und hätte vor allem ein Signal gesandt, wann ich plane, damit aufzuhören, damit man sich darauf einstellen kann, die geldpolitische Normalität wieder herbeizuführen.

Ich könnte fragen, Herr Pargent: Was antworten denn Sie? Verschuldung in Europa grenzenlos, uferlos, bei null Zins, und die Frage, wer das jemals bewältigen soll, ist uns dann egal? – Diese Antwort ist nicht die richtige auf die Herausforderungen der Zukunft. Deswegen haben wir das immer formuliert. Wenn Jens Weidmann nun der Fünfte ist, der aufgrund aus seiner Sicht fehlerhafter EZB-Entscheidungen über Jahre hinweg dieses Schiff verlässt, dann hat hier ein wesentlich größerer geldpolitischer Experte, als ich das überhaupt sein kann oder als Sie vielleicht sind, eine Reaktion gezeigt. Das sage ich in aller Offenheit. Ich glaube schon, dass das Signal von Jens Weidmann ein wirkliches Alarmsignal ist, über das jetzt alle mal nachdenken sollten, die sich politisch in die falsche Ecke verrannt haben.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herzlichen Dank, Herr Staatsminister. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Dazu werden die Anträge wieder getrennt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der Fraktionen der CSU und der FREIEN WÄHLER auf Drucksache 18/18560 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzei-

chen. – Das sind die Fraktionen der FREIEN WÄHLER, der CSU und der FDP sowie die fraktionslosen Abgeordneten Plenk und Swoboda. Gegenstimmen! – Die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der AfD. Stimmenthaltungen? – Sehe ich keine. Dann ist dieser Dringlichkeitsantrag angenommen.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der AfD-Fraktion auf Drucksache 18/18575 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die AfD-Fraktion. Gegenstimmen! – Die Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD, der FREIEN WÄHLER, der CSU und der FDP sowie die fraktionslosen Abgeordneten Plenk und Swoboda. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.